

Eckart Dietzfelbinger · Gerhard Liedtke

Nürnberg – Ort der Massen

Das Reichsparteitagsgelände
Vorgeschichte und schwieriges Erbe



Ch. Links

Visionen

Ende der 80er Jahre entwickelte sich das Reichsparteitagsgelände – und insbesondere die Kongreßhalle – zunehmend zur Projektionsfläche für die verschiedenartigsten Bewältigungsphantasien.

- Die Architekten Hellmut Ambos und Peter Weidenhammer schlugen für die Kongreßhalle ein »Teleologisches Museum« vor, ein »Museum der offensiven Verletzung«. Darin sollten mit einer minimalen Infrastruktur ohne Heizung, Reinigungsdienst und Cafeteria sogenannte NS-Kunstwerke ausgestellt und dem stetigen Verfall ausgesetzt werden. Der Torso der Kongreßhalle sollte ebenfalls nicht restauriert werden, sondern langsam vor sich hinbröckeln. Die Ideengeber erhofften sich von dem Projekt eine wachsende Sensibilität der Gesellschaft gegenüber dem Nationalsozialismus.
- Ein Mitarbeiter der Nürnberger »Medienwerkstatt« schlug vor, im Innenhof des Rundbaus ein großes Filmstudio einzurichten, das als »Widerspruch« zu dem stabilen Mauerwerk mit einem Zeltdach überspannt werden sollte.
- Als einen von mehreren möglichen Standorten für ein neues Museum moderner Kunst in Nürnberg nannte eine Museumsinitiative auch die Kongreßhalle. Ihr Credo lautete: moderne Kunst als Kontrapunkt zum NS-Bau.

Konzeption einer Bundesgartenschau

Ab 1984 führte die Stadt Nürnberg mit dem Zentralverband Gartenbau e. V. (ZVG) Verhandlungen über die Ausrichtung einer Bundesgartenschau (Buga). Dabei rückte schließlich das Areal des früheren Reichsparteitagsgeländes in den Blickpunkt, wobei die Einbeziehung der NS-Bauwerke und die Auseinandersetzung mit Nürnbergs jüngster Vergangenheit der Bundesgartenschau ein charakteristisches Gepräge geben sollten. Der Stadtrat stimmte am 1. Juli 1987 der Ausrichtung einer derartigen Veranstaltung zu. Als eines der wesentlichen Ziele, die mit der Bun-

desgartenschau erreicht werden sollten, wurde die »Stärkung der Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt – auch Auseinandersetzung mit ihrer jüngsten Geschichte« angesehen.

Damit wurde eine alte Idee aufgegriffen. Bereits zu Beginn der 50er Jahre erhoffte man sich im Kuratorium für den Wiederaufbau der Stadt Nürnberg mit der Bewerbung um eine Gartenschau neben der »Werbemöglichkeit« für Nürnberg auch eine Chance zur Gestaltung des »wüsten Geländes am Dutzendteich« zu einem Volkspark, der das »soziale Grün« für die Südstadtviertel bilden sollte. Zu den Kernpunkten der damaligen Überlegungen gehörte der Ausbau der Kongreßhalle und deren Bekrönung mit einem »modernen Höhen-Café«. Die Wasserflächen sollten neu gestaltet, der große mit dem kleinen Dutzendteich verbunden und eventuell mit einer Insel versehen werden. Der gerade erst vor der Kongreßhalle geschaffene Volksfestplatz hätte seinen endgültigen Standort auf dem Zeppelinfeld finden sollen. Und zu guter Letzt wäre die Baugrube des Deutschen Stadions, die inzwischen zum giftigen Silbersee vollgelaufen war, in ein »großes neuzeitliches Freibad« verwandelt worden. »Aus rein finanziellen Gründen« – die erwarteten Kosten lagen bei 16 Millionen DM – wurde der Plan schließlich fallengelassen.

Nun, 35 Jahre später, beim zweiten Anlauf zu einer Bundesgartenschau, ahnten die Planer immerhin, daß ein solches Projekt nicht unproblematisch war: »Die Einbeziehung von NS-Bauwerken in ein Buga-Konzept könnte zwar eine Chance für deren künftige Nutzung sein, belastet aber zunächst die Planungen für eine Buga, weil die notwendige Grundsatzdebatte über den Umgang mit diesen gebauten Zeugen einer schrecklichen Zeit längst nicht abgeschlossen ist.« Doch derlei Skrupel blockierten keineswegs immer neue phantastische Gedankenspiele. So sollte die Kongreßhalle zu einem »einzigartigen Großgewächshaus« mit verschiedenen Freizeitnutzungen (»Plantopolis«/»Okopolis«) umgestaltet werden, eingeglast und »energetisch autonom« organisiert als »singuläre Attraktion der Nürnberger Buga«. Das Ende der Großen Straße hätte in eine »Friedensallee« münden und so als Mahnmal an die Rolle der Stadt während der NS-Zeit erinnern sollen. Für die Zeppelintribüne und -wiese schwebte den Gartenbauern eine Art Blumenarena vor. Und der Volkspark Dut-

Heftiger Stadtteilstreit um das Ufer des Blumenmeers

Verwaltung sucht nach Standort für die Bundesgartenschau
Von Christine Anneser und Jo Seuß

Kaum haben die Christsozialen die Idee wiedergeboren, eine Bundesgartenschau in acht, zehn oder zwölf Jahren nach Nürnberg zu holen, schon bahnt sich ein Nord-Süd-Konflikt um den richtigen Standort an. Während Baureferent Walter Anderle eindeutig

den Dutzendteich favorisiert, hält das Umweltreferat den Marienberg für besser geeignet. Besonders CSU-Stadträte aus dem Norden kritisieren Anderles Entscheidung als „verfrüht“ und fordern „Informationen durch Fachleute“.

Der Traum vom einem Blumenmeer mitten in Nürnberg wird etwa alle zehn Jahre neu geträumt (siehe Kasten unten). Im Herbst war es die Knoblauchländer CSU-Stadträtin Renate Höfler, stellvertretende Kreisbäuerin und Vorsitzende des hiesigen Gärtnerei-Verbandes, die erneut die Diskussion über eine Bundesgartenschau (kurz „Buga“ genannt) ins Rollen brachte. Sie und ihre Fraktion versprechen sich davon einen enormen Imagegewinn für die Stadt und einen Anstoß für die heimische Wirtschaft – nicht zuletzt für den Tourismus. Weiteres Argument: Das neue bzw. erweiterte Parkgelände bliebe den Stadtbewohnern zumindest teilweise erhalten.

Bis zum Jahr 2003 ist die Bundesgartenschau, die alle zwei Jahre stattfindet, allerdings schon vergeben: 1997 an Gelsenkirchen, 1999 an Magdeburg, 2001 an Potsdam und 2003 an Rostock. Ob München seine Option für 2005 wahrnimmt, ist noch offen: Die Landeshauptstadt muß den Ausbau des Mittleren Rings finanzieren und hat dann möglicherweise kein Geld

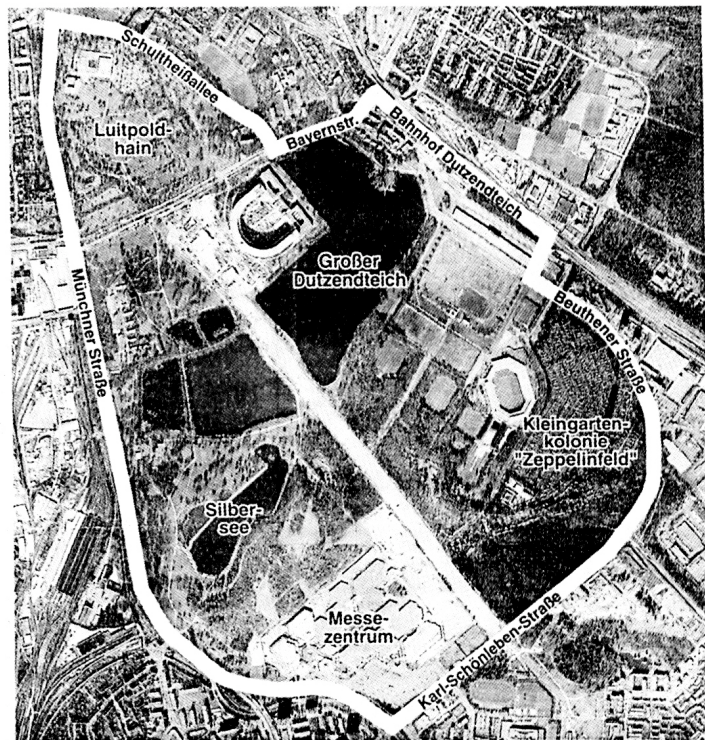
tern jedoch sehr unterschiedlich bewertet werden: Während Umweltreferent Frank Schmidt für den Volkspark Marienberg plädiert, hat sich Baureferent Walter Anderle bereits eindeutig auf den Volkspark Dutzendteich festgelegt. Folgendermaßen wird argumentiert:

● Die Fläche des Volksparks Marienberg (120 Hektar groß) soll für eine Buga Richtung Flughafen erweitert werden. Etliche Grundstücke, teilweise Reiterhöfe, sind jedoch in privater Hand, weshalb Anderle schwierige Einzelverhandlungen fürchtet. Da für das Gebiet östlich der Flughafenstraße, im Entwicklungskonzept 2000 als gewerbliche Optionsfläche ausgewiesen, Planungsrecht fehlt, wäre ein Bauleitplanverfahren nötig. Anderle: „Das kostet zu viel Zeit.“ Obwohl Ende 1999 die U-Bahn zum Flughafen fährt, mutmaßt der Baureferent, daß der Autostrom der Buga-Besucher zeitweise den Flughafenverkehr lahmlegen könnte. Weiteres Manko: Abgesehen vom Mövenpick-Hotel am Airport und „Fischerhof“ (sowie einiger Vereinskneipen) sei die

risch angelegten U-Bahnstation „Marienberg“.

Für eine „einmalige Chance“ hält die Umweltbehörde eine mögliche Kooperation sowohl mit den Knoblauchländer Gemüsebauern als auch mit der Flughafen GmbH. Von dort wurde bereits Interesse signalisiert, die geplante Renaturierung des Bucher Landgrabens im Rahmen einer Buga zu verwirklichen.

● Der Volkspark Dutzendteich inklusive Luitpoldhain und Reichsparteitagsgelände bietet in Anderles Augen mit rund 150 Hektar westlich wie östlich der Großen Straße „genügend Platz für Entwicklungen“. Zudem besteht S. U.,



Das Gelände rund um den Dutzendteich aus der Vogelperspektive: Baureferent Anderle favorisiert Luitpoldhain und Volkspark Süd als Standort für eine Bundesgartenschau. Karten- und Datengrundlage: Städtisches Vermessungsamt.

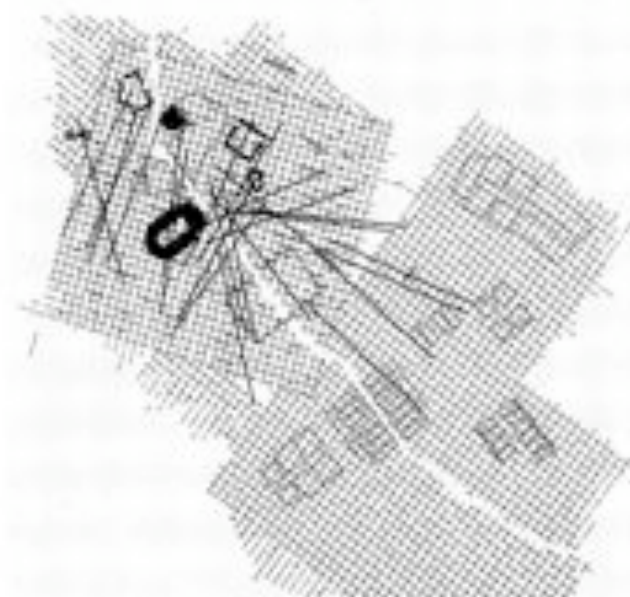
Artikel der *Nürnberger Nachrichten* im Anzeiger Nordost, 6. Februar 1997. Abbildung des von der Stadtverwaltung in Erwägung gezogenen Standorts für eine Bundesgartenschau im Volkspark Dutzendteich und Luitpoldhain.

zendteich sollte »in Teilbereichen unter Wahrung der gesamtörtlichen Identität [...] zu einem multifunktional nutzbaren, nichtkommerziellen Erholungs-, Sport- und Freizeitbereich« werden.

Die Kosten für diese Art nationalen Bewältigungsgarten hätten sich zwischen 90 und 126 Millionen DM bewegt. Und so bereiteten die Finanzen – wie schon unzählige Male zuvor – 1989 auch diesen Blümenträumen ein jähes Ende. Der Architektin und Grünen-Stadträtin Sophie Rieger blieb es vorbehalten, auch moralische Bedenken ins Feld zu führen: »Ich meine, das sind Entgleisungen, die wir uns eigentlich als Stadt Nürnberg mit unserer Vergangenheit nicht mehr leisten dürften. Ich bitte, nach Möglichkeit das Papier irgendwo verschwinden zu lassen oder einzustampfen; es ist mir peinlich, und ich würde bitten, daß man es in der Öffentlichkeit nicht zu sehen bekommt.«⁴²

Dekonstruktivismen

Ähnlich enervierte Wünsche begleiteten im Jahr darauf die Visionen von Karla Fohrbeck, der Nachfolgerin von Hermann Glaser im Amt des Kulturreferenten. Sie präsentierte im Sommer 1990 – kurz nach ihrem Amtsantritt – eine idealistische, stark religiös inspirierte Ideenskizze zur Umgestaltung des Zeppelfeldes in einen Friedenshain. Dafür wollte sie an der Zeppelintribüne oberhalb der »Führerkanzel« hochformatige Panzerglasplatten anbringen lassen, die mit Texten aus dem Alten und Neuen Testament sowie mit Verweisen auf das Gedankengut der europäischen Philosophie beschriftet werden sollten. Generalmotto der Installation sollte die Formel »Wege zum Frieden« sein. Die Glasplatten hätten jeweils eigene Überschriften erhalten sollen wie »Einsicht«, »Umkehr«, »Frei werden«,



Der Entwurf von Peter Weidenhammer sah vor, die Konzeption der NS-Baueinfälle durch rücksichtslos kreuzende Wege und Schneisen zu konterkarieren.

»Grenzen erkennen«, »Vergebung«, »Versöhnung«, »Verdrängung?« und »Entscheidung«. Ein Zitat aus dem Vater unser: »Und vergib uns unsere Schuld [...], und erlöse uns von dem Bösen« hätte die religiöse Verankerung endgültig klarstellen sollen. Für die Ausführung der Beschriftung wünschte sich Karla Fohrbeck eine Gruppe von Beuys-Schülern. Die Straße vor der Tribüne wollte sie in eine »Friedensallee« verwandeln, mit Gedenksteinen für Juden, Polen, Tschechen, Sinti und Roma, Franzosen, Euthanasieopfer, Deserteure, Widerstandskämpfer und – ganz allgemein – für KZ-Häftlinge. Die Kulturreferentin fand für diesen Entwurf eines »(inter)nationalen Ortes der Besinnung« wenig Verständnis: Der städtische Kulturausschuß lehnte die Vorlage wenige Wochen nach ihrer Veröffentlichung ab, nicht zuletzt mit dem Argument, daß dadurch die Durchführung des Autorennens »200 Meilen von Nürnberg« gefährdet würde.

So kurios Karla Fohrbecks Vorschlag erscheinen mochte, so hatte er doch ein Gutes: Er motivierte die Nürnberger Kulturszene zu neuen intelligenten Vorschlägen für den

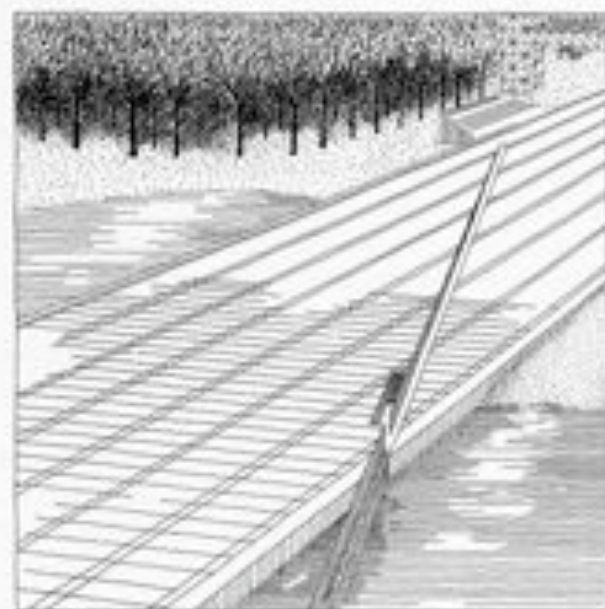
Umgang mit dem Reichsparteitagsgelände, zu Vorschlägen, die sich weder von krudem Mystizismus noch von bloßen Nützlichkeitsbetrachtungen leiten ließen. Auf jeweils verschiedene Weise versuchten sie, sich dem geistigen Gehalt der Architektur zu stellen, ihrer Monumentalität, ihrer Zweckbestimmung als Feier- und Kultstätten eines totalitären, verbrecherischen Regimes und der Rolle, die man diesen Bauten heute im Rahmen einer freiheitlichen Demokratie zuweisen müsse.

Einen ersten Vorstoß in diese Richtung unternahm 1991 der soeben bestellte Leiter des Bildungszentrums der Stadt, Siegfried Kett. Er plädierte für einen selbstbewußten Umgang mit der NS-Hinterlassenschaft: Den Irrungen von Nationalismus und Totalitarismus wollte Kett die Ideen von Internationalismus, Weltoffenheit, Freiheit und Demokratie entgegensetzen. Auf der Suche nach einer mutigen, überzeugenden architektonischen Lösung sollten sich Architekten und Künstler aus ganz Europa beteiligen. Den »republikanisch-demokratischen Kontrapunkt« zu der am Volkspark Dutzendfach dominierenden NS-Gewaltarchitektur sah Kett in der Bauform des Hochhauses. Auf Begeisterung stieß dieser Denkansatz bei den Grünen: In dem Gebäude sollten die schon lange entbehrte Informationsstelle Reichsparteitagsgelände mit Räumen für zeitgeschichtliche Ausstellungen, ein großes Messehotel, Büros, Kanzleien, Arztpraxen und Wohnungen eingerichtet werden. Im Unterschied zu heutigen Diskussionen, in denen der unbändige Merkantilismus des Messegeländes immer mehr als Bedrohung sowohl des denkmalgeschützten Bereiches des Reichsparteitagsgeländes als auch der Erholungsfunktion des Volksparks wahrgenommen wird, gingen die Kettischen Visionen von »Messen, Tagungen oder Kulturveranstaltungen und Kultureinrichtungen für die Regionen Europas« soweit, daß ihm »eine teilweise oder vollständige Einbeziehung der Kongreßhalle und ggf. eines »Zusatzgeländes« in das Messegelände als temporäre oder auch dauerhafte Lösung denk- und wünschbar« erschien.⁴⁵

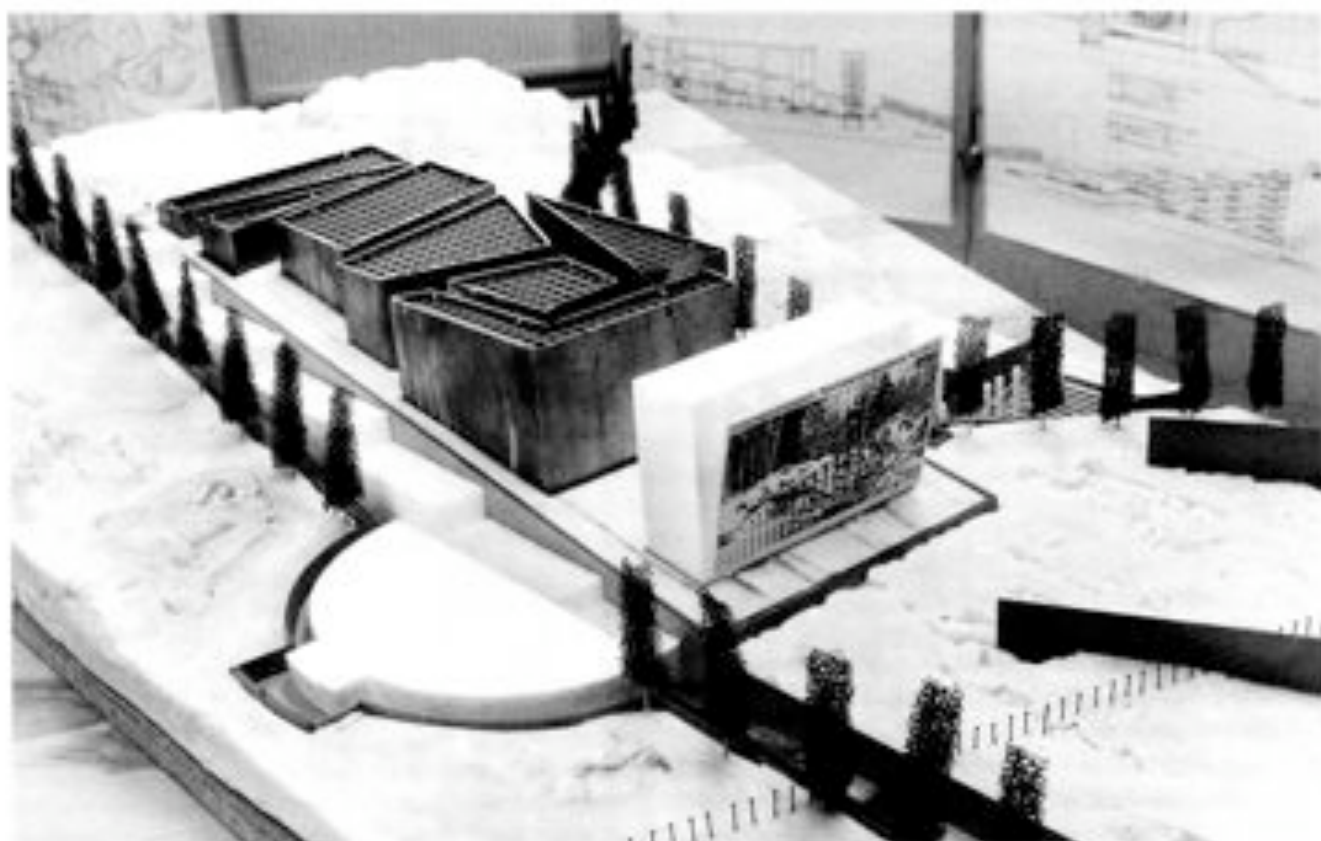
»Die spürbare Benommenheit vor dem komplexen Anspruch der nationalsozialistischen Ästhetik hat offensichtlich nicht nur die eigentliche Wahrnehmung und historische Einschätzung behindert, sondern auch die tätige Auseinandersetzung mit ihren Resten gelähmt.« So urteilte ein Jahr danach der damalige Direktor des Nürnberger

Centrums Industriekultur, Klaus-Jürgen Sembach, in einer brillanten Analyse. Er kritisierte »die sterile, jedes schöpferische Nachdenken tötende Haltung, die sich jetzt auf einen umfassenden Denkmalschutz beruft.« Ein Phänomen, das Sembach nicht nur in Nürnberg beobachtete, sondern das die allgemeine Rezeption der NS-Architektur in Deutschland bestimmte. Nürnberg komme nur die Rolle zu, der Fokus aller Versäumnisse zu sein. Als einen Grundfehler bezeichnete Sembach die Konvention, die Gestaltung moralischer Anliegen einzig und allein der modernen Kunst zu überlassen. Deren »Rätselformen« waren ihm zu unverbundlich. »Alles in allem scheint es nur Besinnung zu geben, aber keine vorantreibende Kraft.« Abhilfe sah der gelehrte Architekt allein in einer kühnen »stadtbau-künstlerischen« Lösung, die eine moderne Gestaltung in einem gewollten vitalen Widerspruch gegen die Zeugnisse der Vergangenheit setze. »Die jetzt so deprimierend wirkende, da einfach »lieggelassene« Zeppelintribüne wäre in ihrem Unwert, aber auch ihrer Denkmalshaftigkeit ganz anders zu erfassen, wenn eine moderne Architektur verletzend und brüsk in ihre Stufenfluten einbrechen und diese zum Teil beiseitesprengen würde.« Die Gewaltsamkeit der Kongreßhalle wollte Sembach durch tiefe Schneisen aufgerissen wissen und die Große Straße durch rücksichtslos kreuzende neue Wege konterkarieren.⁴¹

»Historisch weiträumiger betrachtet gehören die auf dem Gelände vorhandenen Architekturobjekte zu den großen Absurditäten der Weltgeschichte, darin liegt ihr großes Potential«, urteilte der junge Hannoveraner Ingenieur Julius Heinrich Milm 1993 in seiner Studienarbeit. Milm setzte sich in harschen Gegensatz zu dem früheren Kulturreferenten Hermann Glaser und seiner Formel, daß auf dem früheren Reichsparteitagsgelände die Banalität alltäglicher Nutzungen über den Größenwahn triumphiert habe. Milm kam dagegen zu dem Schluß, daß es keine gewöhnliche oder banal-beiläufige »praktische Nutzung« dieser Objekte geben könne. Seine These: »Es gilt nicht, das Einnehmen der faschistischen Pose« zu verhindern, sondern »einen inneren Weg aus ihr heraus zu ermöglichen, der eine kritische Rückkehr zuläßt«. Mit einem »offenen Kunstwerk« sollte der Kreislauf aus Faschismus und Antifaschismus überwunden werden. Die von Milm vorgesehenen »dialektischen Eingriffe« sollten zu einer Art »Nicht-Architek-



1993 legte Julius Heinrich Milm in seiner Studienarbeit einen Gesamtentwurf für die Umgestaltung des Reichsparteitagsgeländes vor.
Oben: Tieferlegung des Zeppelinfeldes.
Unten: Begehbare Gräben an der Großen Straße.



Modell eines Entwurfes von Matthias Hennig aus dem Jahr 1994: Ein aus mehreren Baukörpern bestehendes Dokumentationszentrum schiebt sich aus dem Trümmerberg des Silberbucks heraus.

tur» führen, deren Kernstück die Tieferlegung des Zeppelfeldes war. Außerdem schlug Mühm vor, das gesamte Gelände mit begehbaren, nur durch Spundwände abgestützten Gräben zu durchziehen, die gewissermaßen den Blick auf die NS-Bauten aus der Perspektive des Schützengrabens freigegeben hätten. In diesem dekonstruktivistischen Zugriff auf das Reichsparteitagsgelände sah Mühm einen Weg, dem heutigen Besucher ein buchstäblich vertieftes Verständnis der Architektur des Reichsparteitagsgeländes mit der »strukturellen Logik« der NS-Bauten zu ermöglichen.⁴⁵

Dieser Ansatz blieb ebenso Theorie wie der ebenfalls dekonstruktivistisch orientierte Vorschlag des Architekten Matthias Hennig, der mit seiner Examensarbeit an der Nürnberger Fachhochschule den ersten Gesamtentwurf für den Umgang mit dem Reichsparteitagsgelände präsentierte.

Hennig nahm darin Sembachs Anregung zum rücksichtslosen Wegenetz auf, deutete sie aber viel konsequenter aus, um die von der nationalsozialistischen Planung vorgegebenen Strukturen insgesamt zu durchschneiden. Bei seiner Wegeplanung verließ sich Hennig nicht auf die eigene Intuition. Vielmehr destillierte er das neue Wegenetz durch Überlagerung von historischen Plänen gewissermaßen aus der über 600jährigen Geschichte des Geländes heraus. Dabei verfolgte Hennig seine Idee so kompromißlos, daß die neuen alten Wege auch vor den Restbeständen der Monumentalbauten nicht Halt machten, sondern sie zielstrebig durchkreuzten. Dafür hätte Hennig aus den Bauten Teile herausgeschnitten wie aus einer Torte. An neuen Baulichkeiten fügte der Entwurf zu beiden Seiten der Großen Straße zwei Gebäude hinzu: ein Gästehaus und ein wichtiges Dokumentationszentrum, das gleichsam aus dem

Trümmerberg, also aus dem Schutt des im Krieg zerstörten Nürnberg, herauswuchs. Zentrales Anliegen von Hennigs Entwurf war es, räumlich spürbar zu machen, daß man sich auf besonderem Boden bewegt. Deshalb wollte er das Gesamtgelände auch mit 220 Säulen aus gepreßtem Schrott umgrenzen, jede Säule einen Meter dick und Symbol für 250.000 Kriegstote.⁴⁶

Konstruktives

Neben den sporadisch aufflackernden und wieder versiegenden Diskussionen um den Umgang mit den NS-Relikten gab es seit 1977 auch eine erstaunlich langlebige Initiative, die sich für die Schaffung eines Dokumentations- und Informationszentrums am Reichsparteitagsgelände einsetzte. Beständiger Kern der zunächst losen Gruppe Nürnberger Bürger war der Historiker und spätere Mitarbeiter des kommunalen Pädagogischen Institutes, Carlo Jahn. Ihm gehörten zeitweise Vertreter aller politischen Schattierungen an: SPD-Politiker wie der langjährige Kulturreferent Hermann Glaser und die damalige Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Renate Schmidt, ebenso wie Politiker der Grünen, der CSU und der FDP, außerdem Historiker, Lehrer, Journalisten, politische Aktivisten und interessierte Bürger. Vier Anläufe unternahm diese Gruppe zwischen 1977 und 1994, um den Aufbau eines solchen Zentrums auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände zu forcieren.

Bereits das erste Konzept von 1977/78 enthielt alle Aspekte der Information, Dokumentation und Forschung, die man von einer solchen Institution erwarten kann: ein umfassendes Ausstellungsprojekt zu historischen, gesellschaftspolitischen, juristischen, religiösen, wirtschaftspolitischen, massenmedialen, pädagogischen und vielen anderen Aspekten; die Einrichtung eines Dokumentationszentrums als Basis kontinuierlicher Arbeit und ein Forschungszentrum, das nicht nur alle herkömmlichen Faschismustheorien erfassen, sondern insbesondere ein waches Auge auf die aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklung haben sollte. Als Standort für ein solches »Internationales Institut zur Faschismusforschung« schlug die Gruppe Räume in der Kongreßhalle vor.⁴⁷



Carlo Jahn, Initiator des IRG (Informationszentrum ehemaliges Reichsparteitagsgelände e.V.).

Dieses ursprüngliche Konzept floß ein in zwei Denkschriften der SPD, die 1989/90 ein Museum der Zeitgeschichte forderten. Diesem wollten die Autoren der Denkschriften das Berlin Document Center angliedern, das dafür mit einem Stab von Wissenschaftlern von Berlin nach Nürnberg umziehen sollte. Darüber hinaus strebten sie die Einbeziehung künstlerischer Aspekte an. So hätte die Kongreßhalle zwar nicht Ausstellungsort, aber doch immerhin Depot und Ort wissenschaftlicher Bearbeitung für Exemplare der NS-Kunst sein sollen. Außerdem sah die Ideenskizze in der Kongreßhalle Ateliers vor, die zeitgenössischen Künstlern zur kreativen Auseinandersetzung mit den NS-Kulissen zur Verfügung gestellt werden sollten.⁴⁸ So wollte man etwa im Innenhof der Kongreßhalle ein Environment des Bremer Künstlers Werner Sünkenberg mit dem Titel »Deutschland grenzenlos bis 1945« anlegen.

Unter dem Eindruck fremdenfeindlicher Ausschreitungen in verschiedenen deutschen Städten, bei denen auch Todesopfer zu beklagen waren, trat die Gruppe um Carlo Jahn im Oktober 1991 erneut an die Öffentlichkeit. Sie firmierte jetzt als »Initiativgruppe Kongreßhalle« und prä-